



Gewerbeverband der Stadt Zürich

Oleanderstrasse 14
8050 Zürich

Tel. 044 311 34 35

info@gewerbezuersch.ch
www.gewerbezuersch.ch

Zürich, 12. Mai 2026

Medienmitteilung

NEIN zum «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende»

JA zur Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA»

NEIN zur «Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen»

am 14. Juni 2026

NEIN zum «ewz Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende»

Diese Volksinitiative fordert eine Gewinnverteilung des ewz nach dem Giesskannenprinzip. Die Vorlage birgt ein Zweiklassensystem, denn KMUs, insbesondere produzierende Betriebe, welche mehr Strom benötigen, werden benachteiligt. Zudem steigen die Strompreise stetig. Es wäre sinnvoller, die Strompreise günstig zu halten. Davon würden alle profitieren. Weiter benötigt das ewz flüssige Mittel für den Ausbau der Stromversorgung. Eine Gewinnverteilung von ewz Geldern an die Bevölkerung wäre vielleicht «nice to have», ist jedoch unfair und somit der falsche Ansatz.

JA zur Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA»

In der Stadt Zürich werden laufend oberirdische Parkplätze abgebaut. Damit die Versorgung aber weiterhin gewährleistet bleibt, dürfen sinnvolle und über Jahrzehnte bewährte Verkehrsinfrastrukturen nicht sorglos zerstört werden.

Ob Familien, Schichtarbeitende im Gesundheitswesen, Handwerker oder aus gesundheitlichen sowie persönlichen Gründen - verschiedene Menschen brauchen Parkierungsmöglichkeiten im Alltag. Die Volksinitiative berücksichtigt zudem auch Abstellplätze für das Velo. Der faire Parkplatz-Kompromiss bringt sowohl der städtischen Bevölkerung wie auch den Menschen, welche die Stadt versorgen, nur Vorteile und ist eine letzte Chance, dem Abbau oberirdischer Parkplätze entgegenzuwirken.

NEIN zur Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VSEP)

Die Stadt Zürich will in einer Verordnung die Taxen für Alterszentren regeln. Die 27 gemeinnützigen Alters- und Pflegeinstitutionen der IGA Zürich versorgen täglich rund einen Drittel aller Heimbewohnerinnen und -bewohner in der Stadt, doch ihre Existenz ist bedroht. Mit dem geplanten Eingriff werden den Institutionen die Planungssicherheit geraubt, was die Pflege- und Betreuungsplätze gefährdet. Die Taxenverordnung zur Festlegung der kostendeckenden Taxen für privat-gemeinnützige Altersheime gehört infolge der Komplexität nicht in die Kompetenz des Gemeinderats.

KONTAKTINFORMATIONEN

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

- Nicole Barandun, Präsidentin Gewerbeverband der Stadt Zürich
Mobile 079 744 20 75

Hinweis an die Redaktion:

Der Gewerbeverband der Stadt Zürich (GVZ) vertritt als Dachorganisation rund 3'000 Unternehmen mit 20'000 Mitarbeiter/innen. Er kämpft gegen die zunehmende Bürokratisierung und setzt sich politisch für die KMUs sowie deren Arbeitsplätze und Lehrstellen ein.